

Kroh, Martin

**Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)**

## Die abnehmende Bedeutung des Elternhauses: Intergenerationale Übertragung von Parteibindungen in Deutschland 1984 bis 2010

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Kroh, Martin (2012) : Die abnehmende Bedeutung des Elternhauses: Intergenerationale Übertragung von Parteibindungen in Deutschland 1984 bis 2010, In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Ed.): Wählen in Deutschland: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Sonderheft 45, ISBN 978-3-8329-6512-9, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, pp. 203-226, [https://doi.org/10.5771/9783845262178\\_210](https://doi.org/10.5771/9783845262178_210)

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/109223>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Die endgültige Fassung dieses Aufsatzes ist erschienen unter  
[http://dx.doi.org/10.5771/9783845262178\\_210](http://dx.doi.org/10.5771/9783845262178_210)

**Die abnehmende Bedeutung des Elternhauses:**

**Die intergenerationale Übertragung von Parteibindungen in Deutschland 1984 bis 2010**

*Martin Kroh*

**Zusammenfassung:** In vielen westlichen Demokratien nimmt der Anteil langfristig parteigebundener Bürger ab, ein Trend, der insbesondere junge Erwachsene betrifft. Dieser Beitrag geht der Frage nach, ob Veränderungen in der Übertragung von Parteibindungen von einer Generation zur nächsten für den Rückgang der Parteibindungen in Bevölkerung verantwortlich sind. Auf Basis der Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP) wird der Einfluss der elterlichen politischen Orientierungen auf die Entwicklung von Parteiidentifikationen junger Erwachsener zwischen den Geburtsjahrgängen 1968 bis 1993 verglichen. Die Analysen zeigen, dass insbesondere parteipolitisch geprägte Elternhäuser zunehmend weniger erfolgreich darin sind, ihre politischen Ansichten an die nächste Generation weiterzugeben. Der Beitrag untersucht die Bedeutung von sozialer Mobilität, Bildungsexpansion, Wertewandel, Politisierung des Elternhauses und Veränderungen der Konsistenz elterlicher Parteibindungen für diesen Trend.

## **The Declining Relevance of the Parental Home:**

### **The Intergenerational Transmission of Partisanship in Germany 1984 to 2010**

**Abstract:** In many western democracies, the number of partisans is steadily declining, a trend that particularly affects young adults. This article investigates whether partisan dealignment in Germany is due to changes in the transmission of party identification from one generation to the next. The analysis, which draws on data emanating from the German Socio-Economic Panel (SOEP), compares the effect of parental political views on the acquisition of party identification of young adults between the birth cohorts 1968 and 1993. The analysis shows that particularly partisan families are increasingly less successful in passing their political views on to the next generation. The article considers the role of social mobility, educational expansion, value change, the politicization of families, and the consistency of parental political views for this trend.

## *1. Einleitung*

Die Parteiidentifikation ist eines der am meisten diskutierten Konzepte der Wahlforschung (für einen Überblick vgl. das Sonderheft von *Political Behavior*, Geer 2002, und zur Übertragung auf das deutsche politische System Falter u.a. 2000 sowie Ohr/Quandt in diesem Band). Das traditionelle Michigan-Modell der Wahlforschung beschreibt die Parteiidentifikation als affektive Bindung der Wähler an eine Partei, die im Lebenslauf weitgehend stabil ist und die Wahrnehmung und Beurteilung aktueller politischer Sachfragen und Kandidaten parteipolitisch färbt (Campbell u.a. 1960). Neben ihrer Bedeutung für die individuelle Wahlentscheidung wird der Parteiidentifikation auch eine systemstabilisierende Funktion zugeschrieben: In dem Maße, in dem die Bürger eine langfristige Loyalität zu den etablierten Parteien entwickeln, sinkt demzufolge ihre Bereitschaft, neue, gegebenenfalls systemkritische Parteien und Kandidaten zu unterstützen (z.B. Converse 1969; Kershaw 1983).

Die Entstehungsphase der emotionalen Bindung an eine Partei wird im klassischen Michigan-Modell in der Kindheit und Jugend gesehen (vgl. Berelson u.a. 1954: Kapitel 6-7; Campbell u.a. 1960: Kapitel 7). Wie auch bei langfristig stabilen Wertorientierungen oder sozialen Identitäten ist demnach insbesondere das Elternhaus für die Entwicklung der individuellen Parteiidentifikation von zentraler Bedeutung (Adorno u.a. 1950; Hyman 1959; für einen Überblick vgl. Sapiro 2004). Auch wenn seit den ersten Studien der Michigan-Schule in den 1950er Jahren eine Vielzahl von Autoren das Konzept der Parteiidentifikation kritisch hinterfragt und die lebenslange Stabilität und Unabhängigkeit gegenüber kurzfristigen politischen Ereignissen in Frage gestellt hat (z.B. Fiorina 1981; für Deutschland vgl. Schmitt-Beck u.a. 2006), wird die zentrale Rolle des sozialen Lernens im Elternhaus für die Entstehung von Parteibindungen im Kern nicht angezweifelt (Achen 2002; Green u.a. 2002). Zwar zeigen empirische Daten zum Zusammenhang der politischen Einstellungen von Eltern und Kindern bei weitem keine vollständige Überschneidung (Jennings/Niemi 1981), und viele Wähler scheinen ihre politischen Präferenzen erst im Erwachsenenalter zu entwickeln (Franklin 1984), aber dennoch lässt sich zeigen, dass die politischen Orientierungen von Eltern eine langfristige Prägestärke auf die Parteibindungen ihrer Kinder ausüben (Bengtson u.a. 2002; für Deutschland vgl. Zuckerman u.a. 2007; Kroh/Selb 2008, 2009).

Seit den 1980er Jahren diagnostizieren zahlreiche Studien einen Rückgang von Parteiidentifikationen und als Konsequenz davon eine zunehmende Volatilität von Wahlergebnissen in westlichen Ländern (Dalton 1984a; Crewe/Denver 1985). Während sich dieser Prozess des *partisan dealignment* in den USA bereits in den 1960er Jahren abzeichnete, sinkt die Zahl der Bürger, die sich einer Partei langfristig verbunden fühlen, in Deutschland erst seit den späten 1970er Jahren (Baker u.a. 1981; Ohr/Quandt in diesem Band). Einer in der US-Literatur häufig geäußerten Hypothese nach, bildet eine nachlassende Transmission von Parteibindungen zwischen Eltern und Kindern eine Erklärung für den Trend (vgl. Beck 1974; Carmines u.a. 1987; Jennings u.a. 2009).

Der vorliegende Beitrag geht der Hypothese der nachlassenden intergenerationalen Übertragung von Parteibindungen empirisch nach und versucht den Erklärungsbeitrag einer solchen Entwicklung für den allgemeinen Rückgang von Parteibindungen in Deutschland abzuschätzen. Untersucht wird auf Basis der Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP), inwieweit die Entstehung einer Parteibindung bei jungen Erwachsenen beginnend im Alter von 17 Jahren von der Parteiidentifikation der Eltern beeinflusst wird und welche elterlichen Merkmale die Übertragung von Parteibindungen zwischen Generationen fördern bzw. hemmen. Durch den Beobachtungszeitraum des SOEP seit 1984 und die Einbeziehung elterlicher Informationen, die während der Kindheit der betrachteten jungen Erwachsenen gemessen wurden, können die Jahrgänge zwischen 1968 und 1993 in die Analyse einbezogen werden. Dies umfasst etwa 6000, weitgehend aus den alten Bundesländern stammende Personen.

Der Beitrag ist wie folgt organisiert: Abschnitt 2 beschreibt die verwendete Datenbasis und Abschnitt 3 beschreibt Veränderungen der intergenerationalen Übertragung von Parteibindungen in Deutschland über die Geburtsjahrgänge 1968 bis 1993 hinweg. In Abschnitt 4 werden sechs Hypothesen formuliert, warum die Transmission von Parteibindungen innerhalb von Familien im betrachteten Zeitraum in Deutschland abgenommen haben könnte. Diese Erwartungen werden zum einen aus der Literatur zum sozialen Wandel und zum anderen aus der Literatur zu sozialem Lernen abgeleitet. Schließlich werden die Hypothesen im Abschnitt 5 empirisch überprüft und die Befunde in Abschnitt 6 diskutiert.

## 2. Datenbasis

Die in diesem Beitrag vorgestellten Analysen basieren auf dem Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP), einer 1984 erstmalig durchgeführten jährlichen Wiederholungsbefragung der deutschen Wohnbevölkerung. Das SOEP eignet sich aus mehreren Gründen für das hier zu untersuchende Forschungsproblem besonders gut: Seine Daten reichen fast bis an den Beginn des *partisan dealignment* in Deutschland heran und umfassen nunmehr 27 jährliche Erhebungswellen, außerdem erlaubt die auf Haushalten basierende Stichprobenstruktur die direkte Analyse der intergenerationalen Übertragung von Parteibindungen.

Durch die Befragung aller Mitglieder eines Haushalts lassen sich die unabhängig voneinander und zu unterschiedlichen Zeitpunkten gemessenen Parteibindungen von Eltern und Kindern miteinander verknüpfen. Die Daten verfügen über eine hinreichend große Zahl an Eltern-Kind-Dyaden zur Untersuchung der intergenerationalen Stabilität bzw. Instabilität von Parteibindungen und wurden zu diesem Zweck auch international bereits genutzt (z.B. Zuckerman u.a. 2007). Elterliche Parteibindungen werden während der Kindheit der zweiten Generation gemessen (0 bis 16 Jahre), Parteibindungen der zweiten Generation ab dem Alter von 17 Jahren. Die älteste im vorliegenden Beitrag untersuchte Kohorte besteht aus Personen, die 1968 geboren wurden. Für diese Kohorte steht 1984 (Alter 16 Jahre) eine Messung der elterlichen Parteibindungen zur Verfügung und in den folgenden Jahren Messungen zur eigenen Parteibindung, die bis zum Jahr 2010 reichen (Alter 41 Jahre). Die jüngste untersuchte Kohorte sind 1993 geborene Personen. Die elterliche Parteibindung wurde für diese Personen in den Jahren 1993 bis 2009 gemessen (Alter 0 bis 16 Jahre), die eigene Parteibindung einmalig im Jahr 2010 (Alter 17 Jahre).

Im Datensatz des SOEP können 6330 junge Erwachsene identifiziert werden, die kontinuierlich seit ihrem 18. Lebensjahr beobachtet werden. Für 638 von ihnen liegen aus verschiedenen Gründen keinerlei Befragungsdaten zu den Eltern vor. Von den verbleibenden 5692 Personen kommen 4602, also über 80 Prozent, aus einem parteipolitisch geprägten und 1090 aus einem politisch unabhängigen Elternhaus.

Das SOEP als repräsentative Stichprobe der Wohnbevölkerung Deutschlands umfasst seit 1984 auch Personen mit nicht-deutscher Nationalität und seit 1990 Ostdeutschland. Die Berücksichtigung elterlicher Merkmale, die während der Kindheit der zweiten Generation gemessen werden, beschränkt die in diesem Beitrag analysierte Stichprobe junger Erwachsener jedoch weitgehend auf Personen aus den alten Bundesländern. In der DDR

geborene Personen und Personen mit Migrationshintergrund werden nur dann in die Analyse einbezogen, wenn sie bereits mit 16 Jahren mit ihren Eltern in der Bundesrepublik lebten.<sup>1</sup>

### 3. „*Realized Independents*“ oder „*Unrealized Partisans*“?

Da viele westliche Länder in den vergangenen Jahrzehnten in gleicher Weise von einem Rückgang von Parteibindungen betroffen sind, scheiden nach Dalton und Wattenberg (2000) länderspezifische politische Ereignisse und Skandale, die das Vertrauen der Bürger in die Politik untergraben, als Erklärung für den Rückgang von Parteibindungen aus. Ein Indiz dafür, dass es sich bei dem *partisan dealignment* in Deutschland ebenfalls nicht um eine generelle Abkehr von der Politik handelt, liefert Abbildung 1. Zwar sinkt zwischen 1984 und 2010 der Anteil der Teilnehmer des SOEP, welche die Frage nach einer langfristigen Bindung<sup>2</sup> an eine Partei bejahen, von über 60 auf unter 50 Prozent.<sup>3</sup> Doch im gleichen Zeitraum bleibt der Anteil der Personen mit starkem oder sogar sehr starkem Interesse an Politik mit etwa 30 bis 40 Prozent recht konstant, seit Mitte der 1990er Jahre steigt er sogar tendenziell an.

- Abbildung 1 ungefähr hier -

Weiterhin beobachten Dalton und Wattenberg (2000), dass insbesondere jüngere Kohorten vom *partisan dealignment* betroffen sind und leiten daraus ab, dass nur eine länderübergreifende Erklärung, die einen klaren Bezug zu diesen Kohortenunterschieden aufweist, als Ursache für das *partisan dealignment* in Frage kommt. Sie schlagen die Bildungsexpansion als mögliche Ursache vor: Die zunehmend höher gebildeten Wähler in vielen westlichen Ländern seien nicht mehr in dem Maße wie frühere Kohorten auf vereinfachende politische Heuristiken wie die Loyalität zu einer Partei angewiesen und würden stattdessen ihr politisches Verhalten an aktuellen Sachfragen orientieren (vgl. Shively

---

<sup>1</sup> Die substantiellen Befunde des Beitrags sind unabhängig von der Einbeziehung von Ostdeutschen und Personen mit Migrationshintergrund (meist Personen der zweiten Zuwanderergeneration) in die Analysen. In den multivariaten Modellen wird für diese Unterschiede kontrolliert.

<sup>2</sup> Die in allen Jahren gleich gestellte Frage lautet: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Falls die Befragten die Frage bejahen, erhalten sie die zusätzlichen Fragen: „Welcher Partei neigen Sie zu?“ sowie „Und wie stark neigen Sie dieser Partei zu?“

<sup>3</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass die anderen 50 Prozent der Befragten politisch völlig ungebunden sind. Viele Befragte schwanken bei aufeinanderfolgenden Erhebungen des SOEP zwischen der Nennung einer Parteibindung und politischer Unabhängigkeit (Zuckerman u.a. 2007). Wird ein etwas längerer Zeitraum betrachtet (2006-2010), dann nennen etwa 70 Prozent aller Befragten zu wenigstens einem Erhebungszeitpunkt eine Partei. Im Zeitraum von 1984 bis 1988 waren es jedoch noch über 80 Prozent der Befragten.

1979; Dalton 1984). Die Bildungsexpansion äußere sich in steigendem Interesse an Politik und sinkender Bereitschaft zu parteipolitischer Loyalität. Insbesondere der Typus des „new partisan“, also politisch interessierte, aber parteipolitisch unabhängige Bürger, würden so genannte „ritual partisans“, also politisch uninteressierte, aber parteipolitisch gebundene Bürger, im Elektorat ersetzen (Dalton 1984; Dalton/Wattenberg 2000; siehe auch Schulz in diesem Band).

Einige Autoren suchen eine Erklärung für den Rückgang von Parteibindungen bei jungen Erwachsenen im Bereich der politischen Sozialisation (vgl. Carmines u.a. 1987; Jennings/Niemi 1981; Jennings u.a. 2009). Eine solche Erklärung für Kohortenunterschiede bei jungen Erwachsenen liegt insofern nahe, als Parteibindungen primär während der Kindheit und Jugend durch soziales Lernen im Elternhaus vermittelt werden (Campbell u.a. 1960). Carmines u.a. (1987) postulieren, dass Parteibindungen insbesondere während Phasen des parteipolitischen Wandels – des sogenannten *partisan realignment* – nur in schwachem Maße von Eltern an Kinder weitergegeben werden (vgl. Beck 1974), die Kinder also zu „unrealized partisans“ (s.u.) werden. In solchen Phasen stimmen die Parteibindungen der Eltern nicht mehr mit den aktuellen Politikpositionen der Parteien überein, und die Kinder reagieren auf diese widersprüchlichen Informationen mit politischer Unabhängigkeit. Diese Erklärung ist jedoch kontext-spezifisch und bezieht sich auf Personen, die etwa ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in das US-Elektorat eingetreten sind; sie ist somit kaum in der Lage, die parallelen Entwicklungen in zahlreichen anderen westlichen Ländern zu erklären. Weiterhin sollte die ausbleibende Ausbildung von Parteibindungen bei jungen Erwachsenen im Sinne dieser Hypothese nur ein temporäres Phänomen sein, das so lange anhält, bis die Parteibindungen der Eltern-Generation und die aktuellen Positionen von Parteien wieder im Einklang stehen. Tatsächlich zeigt sich aber in den USA ebenso wenig wie in anderen Ländern eine Umkehr des Trends der abnehmenden Häufigkeit von Parteibindungen (Dalton/Wattenberg 2000).

Auch in Deutschland entwickeln jüngere Geburtsjahrgänge zunehmend seltener eine Parteibindung. Das illustriert Tabelle 1, welche auf Basis des SOEP (1984 - 2010) zeigt, wie lange es in verschiedenen Geburtsjahrgängen gedauert hat, bis ihre Angehörigen erstmals eine Parteibindung angegeben haben.<sup>4</sup> Die Zahlen basieren auf einer in Tabelle 2 dargestellten diskreten Ereignisanalyse (Modell 1<sup>5</sup>). Im ersten Jahr der Befragung im Alter von 17 Jahren

---

<sup>4</sup> Die Prozesszeit beginnt mit dem Alter 17 Jahre und endet mit der ersten Nennung einer Parteibindung bzw. Rechtszensurierung, d.h. dem Ende der Beobachtungszeit.

<sup>5</sup> Modell 2 in Tabelle 2 prüft, ob die geschätzte Zeitdauer bis zur Nennung der ersten Parteibindung durch die Befragungspersonen mit der (zwischen 0 und 34 variierenden) Anzahl der Beobachtungen zusammenhängt, die zu ihren Eltern vorliegen, und kommt zu einem negativen Ergebnis; der für die Analyse nutzbare Auszug aus



nennen im Mittel 20 Prozent der in der Analyse berücksichtigten Befragten eine Parteibindung, 80 Prozent verbleiben in politischer Unabhängigkeit. Die Rate der Personen, die bis zum Alter von 30 Jahren eine Parteibindung entwickelt haben, beträgt 77 Prozent. Die Zeitdauer bis zur Nennung der ersten Parteibindung nimmt jedoch bei jüngeren Geburtsjahrgängen zu: Waren mit 25 Jahren bereits fast 80 Prozent der Geburtsjahrgänge der 1960er Jahre parteipolitisch gebunden, so sank dieser Anteil bei den Geburtsjahrgängen der 1980er Jahre auf etwa 60 Prozent.

- Tabellen 1 und 2 ungefähr hier -

Der vorliegende Beitrag schließt sich der Grundannahme von Carmines u.a. (1987) an, dass die Ursache für den Rückgang von Parteiidentifikationen in der Übertragung von Parteibindungen zwischen Generationen zu suchen ist, konzentriert sich jedoch nicht auf spezifische politische Ereignisse, sondern auf verallgemeinerbare Merkmale der Transmission politischer Orientierungen. Welche dies sind – das zu ermitteln ist das Ziel der nachfolgend diskutierten Analysen. Grundsätzlich gibt es zwei alternative Hypothesen zur Bedeutung intergenerationaler Transmissionsprozesse für den Rückgang von Parteibindungen in der Bevölkerung. Zum einen ist es möglich, dass der Prozess der Übertragung politischer Identitäten über Zeit stabil bleibt, der vermittelte Inhalt aber Veränderungen unterworfen ist. Zum anderen ist es möglich, dass der Inhalt stabil bleibt, aber der Prozess der Übertragung schwächer wird. Politische Unabhängigkeit in der zweiten Generation kann somit durch eine erfolgreiche Transmission elterlicher politischer Unabhängigkeit entstehen oder aber durch die erfolglose Transmission einer elterlichen Parteibindung. Carmines u.a. (1987) prägen für den ersten Fall den Begriff der „realized independents“ und für den zweiten Fall den Begriff der „unrealized partisans“.

Modell 3 in Tabelle 2 zeigt, dass Kinder aus politisch unabhängigen Elternhäusern mehr Zeit zur Entwicklung einer Parteibindung benötigen. Die Chance, in einem bestimmten Jahr eine Parteibindung zu bekennen, fällt erheblich geringer aus als bei Personen, deren Eltern über eine Parteibindung verfügen. Dies führt dazu, dass junge Erwachsene aus parteipolitisch gebundenen Elternhäusern mit 30 Jahren zu etwa 80 Prozent eine Parteibindung entwickelt haben, während es bei jungen Erwachsenen aus ungebundenen Elternhäusern lediglich 55

---

dem Gesamt-Datensatz ist diesbezüglich also nicht verzerrt. Die in Modell 1 sichtbar werdenden Unterschiede zwischen den Geburtsjahrgängen bleiben bei zusätzlicher Berücksichtigung dieser Variablen unverändert bestehen. Alle nachfolgend vorgestellten Analysen werden zur Sicherheit weiterhin für die Anzahl an Beobachtungen, die zu den Eltern vorliegen, kontrollieren, jedoch werden die entsprechenden Koeffizienten aus Platzgründen nicht tabellarisch ausgewiesen.

Prozent sind. In dem Maße, in dem politische Unabhängigkeit im Elternhaus ein Phänomen jüngerer Geburtskohorten darstellt, sollten Unterschiede zwischen diesen Kohorten bei Kontrolle nach parteipolitischer Unabhängigkeit im Elternhaus an Bedeutung verlieren. Der Vergleich der Modelle 2 und 3 in Tabelle 2 zeigt jedoch stabil fortbestehende Kohortenunterschiede. Ein Rückgang von Parteibindungen in der Elterngeneration scheint daher als Erklärung fehlender Parteibindungen in der Kindergeneration wenig geeignet. Wird die für unsere Analyse verfügbare Stichprobe durch Differenzierung zwischen den jungen Erwachsenen aus einem parteipolitisch gebundenen Elternhaus und denjenigen aus einem parteipolitisch ungebundenen Elternhaus in zwei Gruppen getrennt (Modelle 4a und 4b in Tabelle 2), dann zeigen sich in beiden Gruppen ähnliche Muster von Kohortenunterschieden. Der Rückgang von Parteibindungen über Geburtsjahrgänge zeigt sich jedoch in parteipolitisch geprägten Elternhäusern stärker als bei parteiunabhängigen Eltern. Dies deutet darauf hin, dass Parteianhänger der Elterngeneration zunehmend weniger in der Lage sind, ihre politischen Ansichten an die Kindergeneration zu übertragen. Zu ähnlichen Befunden bezüglich der vorrangigen Bedeutung von „unrealized partisans“ für den Rückgang von Parteibindungen kommen auch Carmines u.a. (1987) für die USA. Die folgenden Abschnitte des Beitrags befassen sich daher spezifischer mit der Frage, warum die große Mehrheit der Elternhäuser, die über eine Parteibindung verfügt, nicht mehr in gleicher Weise in der Lage ist, diese an ihre Kinder weiterzugeben, wie dies bei früheren Generationen der Fall war.

Hinsichtlich der Transmission gegebener Parteibindungen von einer Generation zur nächsten müssen dabei neben dem „Vererben“ von politischer Unabhängigkeit systematisch zwei konkurrierende Ereignisse unterschieden werden: dass Kinder dieselbe Parteibindung wie die Eltern annehmen, was einem erfolgreichen intergenerationalen Transfer entspricht (im Folgenden als *Realisation* bezeichnet), und dass sie eine andere Parteibindung annehmen als jene der Eltern (im Folgenden: *Konversion*). Dieser Systematik entsprechend handelt es sich bei den nachfolgend vorgestellten ereignisanalytischen Auswertungen um sogenannte *competing risk*-Modelle. Diese beschreiben die Dauer, welche junge Erwachsene vor dem Übergang in eine der beiden Varianten der Annahme einer Parteibindung in parteipolitischer Unabhängigkeit verbringen. Als elterliche Parteibindung wird dabei die von beiden Eltern in den im Datensatz verfügbaren Jahren am häufigsten genannte Partei (operational) definiert. Da Eltern selten zwischen Parteien wechseln (nur etwa 20 Prozent der jungen Erwachsenen sind davon betroffen) und sich Ehepartner selten hinsichtlich ihrer parteipolitischen Loyalitäten unterscheiden (tritt nur für etwa 15 Prozent der jungen Erwachsenen zu), kommt

ein Gleichstand mehrerer Parteien bei Eltern äußerst selten vor. Diese Fälle werden in der Analyse durch Indikatoren zur Konsistenz elterlicher Parteibindungen explizit berücksichtigt. Wegen des Fokus der Analyse auf die Übertragung von Parteibindungen ist das Vorhandensein einer Parteibindung im Elternhaus eine notwendige Voraussetzung für den Einschluss von Befragungspersonen in die Analyse. Die 19 Prozent junge Erwachsene in unserem Datensatz, deren Eltern politisch unabhängig sind, werden daher im Folgenden nicht weiter berücksichtigt.

Die Tabellen 3 und 4<sup>6</sup> geben die kumulierten Übergangswahrscheinlichkeiten einer *Konversion*, d.h. der erstmaligen Annahme einer von den Eltern abweichenden Parteibindung nach bis dahin fortbestehender Parteiunabhängigkeit, bzw. einer *Realisierung* im Sinne der Annahme derselben Parteibindung auf Basis eines diskreten *competing risk*-Modells wieder. Von den 35-Jährigen der Jahrgänge bis 1969, die seit ihrem 18. Lebensjahr im SOEP beobachtet wurden, entwickeln 31 Prozent eine von den Eltern abweichende Parteibindung (vgl. Tabelle 3) gegenüber 63 Prozent, die die elterliche Parteibindung übernehmen (vgl. Tabelle 4). Lediglich die verbleibenden 6 Prozent junger Erwachsener der Jahrgänge 1968 und 1969 aus parteipolitisch gebundenen Haushalten haben bis zum Alter von 35 Jahren noch keine Parteibindung im SOEP berichtet.<sup>7</sup>

- Tabellen 3 und 4 ungefähr hier -

Der Übergang in eine abweichende Parteibindung ist im Vergleich zur erfolgreichen Transmission der elterlichen Parteibindung in allen Geburtsjahrgängen der seltenere Fall. Während jedoch die kumulierten Übergangswahrscheinlichkeiten in eine vom Elternhaus abweichende Parteibindung über Geburtsjahrgänge hinweg weitgehend stabil bleiben, geht die zunehmend längere Dauer politischer Unabhängigkeit der in den 1980er Jahren Geborenen insbesondere zu Lasten eines Übergangs in die elterliche Parteibindung, also der erfolgreichen Übertragung gleichsinniger Parteibindungen. Betrug das Verhältnis von Realisation zu Konversion bei den 1960er-Jahrgängen im Alter von 30 Jahren noch 2:1, so liegt es bei den Jahrgängen 1980 bis 1984 nahe bei 1:1.

#### 4. Bedingungen der Übertragung von Parteibindungen

---

<sup>6</sup> Die Prozesszeit beginnt jeweils mit dem Alter 17 Jahre und endet mit der ersten Nennung einer Parteibindung bzw. Rechtszensurierung, d.h. dem Ende der Beobachtungszeit.

<sup>7</sup> Die jährlichen Übergangsraten der Konversion gehen ab etwa 25 Jahren gegen Null, während der Übergang zur Realisation auch in späteren Jahren zu beobachten ist. Rebellion gegen die elterlichen Ansichten scheint somit ein Phänomen einer bestimmten Lebensphase zu sein.

## 4.1 Hypothesen

Die bisherigen Befunde auf Basis des SOEP deuten darauf hin, dass junge Erwachsene aktueller Jahrgänge tatsächlich seltener bzw. später Parteibindungen entwickeln als Geburtsjahrgänge der 1960er und 1970er Jahre. Davon ist insbesondere die Entwicklung einer Parteibindung betroffen, die den elterlichen Ansichten entspricht (Realisation). Die Entwicklung von Parteibindungen in Familien ohne parteipolitische Tradition oder von Parteibindungen, die den elterlichen Ansichten widersprechen, ist weniger von diesem Rückgang betroffen. Insofern scheint es plausibel zu vermuten, dass Veränderungen des Prozesses der Übertragung politischer Identitäten im Elternhaus einen Beitrag zur Erklärung zum Rückgang von Parteibindungen liefern können. Die Literatur liefert verschiedene Hinweise darauf, unter welchen Umständen Eltern besonders erfolgreiche Rollenmodelle sind, so dass Kinder besonders häufig die elterliche Parteibindung übernehmen. Im Folgenden werden zwei Gruppen von Erklärungen unterschieden: zum einen solche, die auf Theorien sozialen Wandels abstellen und Faktoren wie die soziale Mobilität, die Bildungsexpansion sowie das Zusammenleben und Erziehungsziele betonen, zum anderen Erklärungen mit Bezug zu Theorien sozialen Lernens, die sich auf folgende Faktoren konzentrieren: die Wahlerfahrung der Eltern und die Konsistenz ihrer Parteibindungen sowie die Politisierung des Elternhauses. Auf dieser Grundlage lassen sich Erwartungen für die nachfolgenden Analysen formulieren.

### 4.1.1 Soziale Mobilität

Als mögliche Ursache für den Trend, dass junge Erwachsene seltener die Parteibindungen ihrer Eltern übernehmen, wird unter anderem die soziale Mobilität zwischen Generationen betont (z.B., Knoke 1973; Glass u.a. 1986). Parteibindungen sind in den klassischen soziopolitischen Konfliktlinien verhaftet (Lipset/Rokkan 1967; Brettschneider u.a. 2002), und in dem Maße, in dem Kinder sich von ihren Eltern hinsichtlich der sozialen Lagen, die das strukturelle Fundament dieser Konfliktlinien bilden, entfernen, steht die eigene soziale Position der elterlichen Parteibindung entgegen. Junge Erwachsene reagieren möglicherweise auf diesen Konflikt mit parteipolitischer Unabhängigkeit. Ein Beispiel hierfür wären Abkömmlinge christdemokratischer Elternhäuser, die aufgrund sozialer Mobilität als Erwachsene in großstädtischen Akademikermilieus leben und deren Lage somit eher einer

grünen Parteibindung entspricht. In dem Maße, in dem sich Kinder hinsichtlich ihrer Position in der politisierten Sozialstruktur von ihren Eltern entfernen, sollte die intergenerationale Transmission von Parteibindungen abnehmen. Sollte das Ausmaß sozialer Mobilität über Geburtsjahrgänge hinweg zunehmen, ergibt sich aus dieser These auch eine Erklärung für den langfristigen Rückgang von Parteibindungen in der Bevölkerung.

#### 4.1.2 Bildungsexpansion

Die zweite These nimmt vor dem Hintergrund einer funktionalen Interpretation der Parteiidentifikation Bezug auf die oben bereits thematisierte Bildungsexpansion. Autoren wie Shively (1979) und Dalton (1984) postulieren, dass politisch kompetente Personen bei ihren politischen Entscheidungen weniger auf habituelle Parteibindungen angewiesen sind, sondern diese auf Basis aktueller politischer Informationen fällen können. Parteibindungen büßen somit ihre Funktion der politischen Komplexitätsreduktion ein. Ein ähnliches Argument lässt sich auch auf die Funktion politischer Sozialisation übertragen. Nach Achens (2002) Rational Choice-Modell politischer Sozialisation übernehmen Kinder die Parteibindung ihrer Eltern, weil sie noch zu unerfahren sind, um die eigenen Interessen mit parteipolitischen Angeboten in Verbindung zu bringen. Durch die zunehmende politische Kompetenz junger Erwachsener im Zuge der Bildungsexpansion könnte dieser Perspektive zufolge die Orientierung an der elterlichen Parteibindung zunehmend ihre Funktion als eine Art Ersatzindikator für die eigenen Interessen verlieren. Mit wachsendem Bildungsgrad junger Erwachsener sollten diese entweder in politischer Unabhängigkeit verbleiben (Funktion der Komplexitätsreduktion) oder zumindest häufiger eine vom Elternhaus abweichende Parteibindung entwickeln (Stellvertreter-Funktion).

#### 4.1.3 Zusammenleben und Erziehungsziele

Schließlich sind die vergangenen Jahrzehnte in den westlichen, vom Rückgang von Parteibindungen betroffenen Ländern auch durch einen Wandel von Werten gekennzeichnet (z.B. Klages 1993; Inglehart 1998; Meulemann 1996). Verschiedene Autoren stimmen darin überein, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung in westlichen Demokratien „neue“ Werte, wie Selbstentfaltung, Individualität und Mitbestimmung „traditionellen“ Werten, wie Unterordnung, Sicherheit und Wohlstand vorzieht. Inglehart (1998) spricht in diesem Zusammenhang vom Austausch materialistischer durch postmaterialistische Werte, Klages

(1993) von traditionellen Werten, wie Pflicht und Konvention, die von neuen Werten, wie Hedonismus und Materialismus, aber auch Kreativität und Engagement, verdrängt werden. Dieser Wertewandel spiegelt sich unter anderem in Erziehungszielen, aber auch Formen des Zusammenlebens wider: Waren noch bis in die 1960er Jahre Unterordnung und Gehorsam in Deutschland mehrheitlich vertretene Erziehungsziele, so werden heute Werte wie Durchsetzungsfähigkeit und Selbständigkeit von Kindern bevorzugt (z.B. Meulemann 1996). Wenn Eltern diese Ziele in ihrer Erziehungspraxis umsetzen und ihren Kindern größere Entscheidungsfreiheiten einräumen, dann sollte es heutigen Kindern leichter fallen, eine von den Eltern abweichende politische Meinung zu vertreten, als das früher der Fall war. Beck (1997) spricht in diesem Zusammenhang von einer Demokratisierung von Familien. Daraus folgt nicht unbedingt, dass Kinder häufiger in politischer Unabhängigkeit verweilen, sondern eher dass sie öfter eine von den Eltern abweichende Parteibindung annehmen. Im Zuge von sozialem und Wertewandel sind auch die Formen des familiären Zusammenlebens von Veränderungen betroffen, mit Folgen für die Sozialisation von Kindern. So wachsen Kinder häufiger mit alleinerziehenden Eltern bzw. einem leiblichen Elternteil und dessen Partner auf (Statistisches Bundesamt 2009). Sofern sich Kinder eher an leiblichen Eltern orientieren, führt die Verbreitung alternativer Familienformen möglicherweise zum Rückgang des elterlichen Einflusses. Das Fehlen eines politischen Sozialisationsagenten im Elternhaus könnte die Wahrscheinlichkeit verringern, dass Kinder die Parteibindung der Eltern wahrnehmen und verinnerlichen.

#### 4.1.4 Wahlerfahrung der Eltern und Konsistenz elterlicher Parteibindungen

Aus Sicht des klassischen sozialpsychologischen Modells der Michigan-Schule gewinnen Parteibindungen durch zunehmende Wahlerfahrung an Stabilität (Converse 1969). Auch die Übertragung von Parteibindungen zwischen Generationen profitiert von der Wahlerfahrung der Eltern-Generation (vgl. auch Gluchowski 1983). Eine gängige These lautet daher, dass etablierte Demokratien wie die USA oder Großbritannien, die über einen langen Zeitraum keine Systemumbrüche erfahren haben, besonders viele Parteianhänger aufweisen und dass deren Parteibindungen besonders stabil sind (vgl. Schickler/Green 1997). Im Vergleich dazu ist Deutschland, das auf eine wechselhaftere Geschichte zurückblickt, durch größere Variation in der Elterngeneration hinsichtlich der Länge der Erfahrung mit dem demokratischen politischen System gekennzeichnet.

Im Sinne von Theorien sozialen Lernens ist ein Zusammenhang zwischen Wahlerfahrung, Stabilität der elterlichen Parteibindung und der Übertragung von Parteibindungen insofern plausibel, als die Übertragung von Sozialisationsinhalten umso erfolgreicher ausfällt, je konsistenter diese durch die Eltern „angeboten“ werden (z.B. Bandura 1977; Sapiro 2004). Entsprechend finden Jennings u.a. (2009), dass Parteibindungen besonders von Eltern weitergegeben werden, die eine Partei in stabiler Weise unterstützen. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Transmission von Parteibindungen im Zeitverlauf abnehmen sollte, falls Kinder zunehmend widersprüchliche, parteipolitische Signale von den Eltern erhalten. Solche Widersprüchlichkeit könnte zum einen dadurch entstehen, dass beide Elternteile unterschiedliche Parteien unterstützen, und zum anderen dadurch, dass sie ihre Parteibindung(en) während der politischen Sozialisation ihrer Kinder ändern. Es kann daher die Erwartung formuliert werden, dass Eltern, die eine geringe Wahlerfahrung aufweisen, sich hinsichtlich ihrer Parteibindungen unterscheiden oder aber ihre politischen Ansichten ändern, seltener ihre Parteiidentifikation an ihre Kinder weitergeben. Sollten diese elterlichen Merkmale bei jüngeren Geburtsjahrgängen häufiger verbreitet sein, dann könnte dieser Trend die zunehmende Zahl parteipolitisch unabhängiger junger Erwachsener erklären.

#### 4.1.5 Politisierung des Elternhauses

Theorien sozialen Lernens prognostizieren auch, dass politisierte Elternhäuser erfolgreicher darin sein sollten, Parteibindungen an die Kinder weiterzugeben (Jennings u.a. 2009). Soziales Lernen ist nicht nur umso wahrscheinlicher, je konsistenter Eltern Sozialisationsinhalte anbieten, sondern auch je häufiger sie das tun (Bandura 1977). Dabei ist eine parteipolitisch gefärbte Politisierung von einer parteipolitisch neutralen Politisierung des Elternhauses zu unterscheiden. In Elternhäusern, die zwar politisch interessiert sind, aber nicht über eine besonders starke Parteibindung verfügen, sollten Kinder zwar eine Parteibindung entwickeln, doch muss diese nicht den elterlichen Ansichten entsprechen. Sollten Eltern hingegen eine sehr starke Bindung an eine Partei aufweisen, dann liegt die Erwartung nahe, dass sich auch die Kinder in stärkerem Maße an dieser Partei orientieren. Die intergenerationale Transmission von Parteibindungen sollte somit insbesondere von der Stärke der elterlichen Parteibindung, jedoch nicht notwendigerweise vom elterlichen Interesse an Politik profitieren. Umgekehrt könnte eine abnehmende Intensität elterlicher Parteiidentifikationen auch einen Rückgang bei den Kindern begünstigen.

## 4.2 Analysen

Von den Tabellen 3 und 4, welche die kumulierten Übergangsraten in eine dem Elternhaus widersprechende bzw. entsprechende Parteibindung nach Kohortenzugehörigkeit wiedergeben, unterscheidet sich Modell 1 in den Tabellen 5 bzw. 6<sup>8</sup> nur dahingehend, dass zusätzlich für die von den Eltern unterstützte Partei kontrolliert wird. Dies trägt der Möglichkeit Rechnung, dass Bindungen an bestimmte Parteien seltener „vererbt“ werden als andere und darüber hinaus eventuell gerade solche Parteien langfristig an Bedeutung gewinnen, die durch eine geringere „Vererbungsrate“ gekennzeichnet sind. Aus den sich verändernden Mehrheitsverhältnissen zwischen Parteien könnten sich auf diesem Wege abnehmende Parteibindungen bei den hier untersuchten jungen Erwachsenen ergeben. Tatsächlich weisen insbesondere liberale und grüne im Vergleich zu sozial- und christdemokratischen Elternhäusern einen positiven Effekt auf den Übergang der Kinder in eine den Eltern widersprechende Parteibindung auf (Modell 1 in Tabelle 5). Auf der anderen Seite haben insbesondere Personen aus Familien, in denen Eltern an die FDP oder aber an eine der „sonstigen“ Parteien gebunden sind, eine vergleichsweise geringe Übergangsrate in eine Parteibindung, die der des Elternhauses entspricht (Modell 1 in Tabelle 6). Besonders gering ist die Verweildauer in parteipolitischer Unabhängigkeit bei Kindern aus grünen Elternhäusern – diese scheinen sowohl Konversion als auch Realisation der elterlichen Parteibindung in besonderem Maße zu fördern. Der bereits bekannte Befund der Kohortenunterschiede verändert sich durch Kontrolle der von den Eltern unterstützten Partei nicht substantiell. Auch bei dieser komplexeren Modellierung weisen Geburtskohorten seit den 1980er Jahren eine geringere Übergangsrate in eine Parteibindung auf als Kohorten der 1960er und 1970er Jahre. Dies betrifft in besonderem Maße die Realisation der elterlichen Parteibindung.

Die Modelle 2 bis 6 der Tabellen 5 bzw. 6 testen schrittweise die im Abschnitt 4.1 formulierten Hypothesen. In dem Maße, in dem entsprechend dieser Hypothesen spezifizierte unabhängige Variablen die Kohortenunterschiede reduzieren, liefern sie eine mögliche Erklärung für den allgemeinen Prozess des Rückgangs von Parteiidentifikationen in jüngeren Geburtskohorten.

---

<sup>8</sup> Die in den Tabellen berichteten Koeffizienten sind relative Risiken, die ähnlich wie odds ratios zu interpretieren sind. Ein einfaches (konstruiertes) Beispiel mag dies illustrieren: Von zehn CDU-Elternhäusern haben acht Kinder, die selbst die CDU unterstützen und von zehn FDP-Elternhäusern haben sechs Kinder, die die FDP unterstützen. Das odds ratio der Unterstützung derselben Partei innerhalb einer Familie im Vergleich von CDU zu FDP beträgt  $(8/2)/(6/4)=2.67$  und das relative risk ratio beträgt  $(8/10)/(6/10)=1.33$ .



- Tabellen 5 und 6 ungefähr hier -

Modell 2 untersucht jeweils den Effekt sozialer Mobilität auf die intergenerationale Transmission von Parteibindungen. Um diese Mobilitäts-Hypothese global und nicht nur für einzelne parteipolitisch relevante soziale Merkmale von Eltern und Kindern testen zu können, wird zunächst die individuelle Wahrscheinlichkeit der Unterstützung der verschiedenen Parteien basierend auf Merkmalen der sozialen Lage in einem multinomialen Logit Modell berechnet. Als zentrale Merkmale der „politisierten Sozialstruktur“ (Pappi 2002) in Deutschland werden der sozioökonomische Status (Beruf, Bildung, Einkommen, Migrationshintergrund), die Religiosität (Konfession, Kirchgang) und die regionale Herkunft (Bundesland, Gemeindegrößenklasse) in der Vorhersage verwendet.<sup>9</sup> Die daraus abgeleiteten vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten der Unterstützung unterschiedlicher Parteien werden anschließend zwischen Eltern und Kindern verglichen.<sup>10</sup> Junge Erwachsene können aufgrund ihrer sozialen Lage eine sehr ähnliche Wahrscheinlichkeit wie ihre Eltern aufweisen, eine bestimmte Partei zu unterstützen, oder aber eine sehr unterschiedliche. Der Grad der Abweichung hängt zum einen von der sozialen Mobilität zwischen Generationen ab und zum anderen von der parteipolitischen Gewichtung des betrachteten sozialen Merkmals. In Modell 2 werden Personen unterschieden, die sich hinsichtlich ihrer für Parteibindungen relevanten sozialen Position kaum, etwas oder aber stark von den Eltern entfernt haben. In den beiden letzteren Kategorien finden sich z.B. häufig Personen, die aus konfessionell gebundenen Elternhäusern stammen, selbst aber kaum religiös sind. Auch beruflicher Aufstieg aus dem Arbeitermilieu verbirgt sich häufig hinter hoher sozialer Mobilität. Personen, für die aufgrund ihres geringen Alters noch keine soziale Mobilität bestimmbar ist, werden durch eine gesonderte Kategorie der Mobilitäts-Variablen berücksichtigt. Tabelle 5 zeigt erwartungsgemäß einen schwach negativen Zusammenhang zwischen geringer sozialer Mobilität und der Annahme einer dem Elternhaus widersprechenden Parteibindung. Entgegen der Erwartung sinkt aber auch die Übergangsrate in eine dem Elternhaus entsprechende Parteibindung bei gering ausgeprägter sozialer Mobilität (Tabelle 6). In Modell 3 wird der Effekt des Bildungsniveaus als Erklärung für die Aufnahme einer Parteibindung betrachtet. Die Referenzkategorie bilden Personen, die über keinen oder lediglich einen Hauptschulabschluss verfügen. Die Verweildauer in politischer

---

<sup>9</sup> Die Ergebnisse dieser vorgeschalteten Analyse sind beim Autor erhältlich.

<sup>10</sup> Genauer gesagt wird in einem ersten Schritt die quadrierte Abweichung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit, eine bestimmte Partei zu unterstützen, zwischen Eltern und Kindern bestimmt. Anschließend wird der Mittelwert der quadrierten Abweichungen pro Person über alle Parteien hinweg berechnet und die daraus entstandene Variable „soziale Mobilität“ in drei Gruppen von je etwa gleicher Größe eingeteilt.

Unabhängigkeit nimmt entgegen der Hypothese mit zunehmender Bildung ab und ist bei Personen in der niedrigsten Bildungskategorie am längsten. Bezüglich beider Übergangstypen – also der Konversion und der Realisation – ergibt sich diesbezüglich ein analoges Bild. Die Bildungsexpansion begünstigt also, *certeris paribus*, eine höhere Parteibindungsrate und nicht wie vermutet einen Rückgang der Parteibindungen. Entsprechend sinkt unter Kontrolle von Bildung der Unterschied zwischen den Kohorten nicht etwa ab, sondern bleibt stabil bzw. nimmt sogar leicht zu.

Die dritte Hypothese besagt, dass die intergenerationale Transmission von Parteibindungen in Familien besonders gering sein sollte, in denen ein Sozialisationsagent fehlt. Außerdem beinhaltet sie, dass die Transmission umso schwächer werden sollte, je stärker die Eltern Werte wie Selbstentfaltung und Individualität als wichtig erachten. Zur Prüfung dieser Hypothese wird im Folgenden die Postmaterialismus-Skala nach Inglehart verwendet (vgl. Inglehart 1998). Eltern, die materialistische Ziele (Ruhe und Ordnung, Preisstabilität) wichtiger finden als postmaterialistische Prioritäten (Redefreiheit und Bürgerbeteiligung), sollten mehr Anpassungsdruck auf ihre Kinder ausüben, die eigenen politischen Ansichten zu übernehmen. Tatsächlich zeigt sich ein positiver Effekt postmaterialistischer Elternhäuser hinsichtlich des Übergangs von Abkömmlingen in eine Parteibindung, die jener der Eltern widerspricht (Modell 4 in Tabelle 5). Zudem wird – ebenfalls im Sinne der Hypothese – erkennbar, dass die erfolgreiche Transmission von Parteibindungen bei alleinerziehenden Eltern schwächer ausfällt (Modell 4 in Tabelle 6).

Mit Modell 5 wird die Bandbreite der in die Modelle betrachteten Hypothesen um solche erweitert, die sich auf Theorien des sozialen Lernens stützen. Es bezieht sich auf die Wahlerfahrung der Eltern und die Konsistenz ihrer Parteibindungen. Die bislang mit Wahlen in der Bundesrepublik gesammelte Erfahrung der Eltern wird in drei Kategorien zusammengefasst, welche die Stichprobe in etwa gleich große Gruppen teilen: Wahlerfahrung von weniger als 10 Jahren (Referenzkategorie), von 10 bis 20 Jahren und von über 20 Jahren. Inkonsistenzen elterlicher Parteibindungen können in Form intertemporaler Instabilität der Parteibindung eines Elternteils oder in Form divergierender Parteibindungen zwischen den Eltern zu einem Zeitpunkt auftreten. Tatsächlich zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen hoher Wahlerfahrung der Eltern und der Transmission der elterlichen Parteibindung an die Kinder (Modell 5, Tabelle 6). Meinungsunterschiede ebenso wie Meinungsänderungen im Elternhaus erhöhen insbesondere das relative Risiko von Konversion (Tabelle 5).

In Modell 6 wird schließlich der Erklärungsbeitrag der Politisierung des Elternhauses betrachtet. Ein hohes elterliches Interesse an Politik fördert den frühen Übergang in eine

Parteibindung bei jungen Erwachsenen – gleich, ob es sich um eine von den Eltern abweichende oder deren Präferenzen korrespondierende Partei handelt. Die Stärke der elterlichen Parteibindung hat entsprechend den Erwartungen einen positiven Effekt auf die Übertragung der elterlichen politischen Loyalitäten auf die Kinder. Hier zeigen sich die stärksten Effekte der Analyse: Die Chance, in einem bestimmten Jahr eine Parteiidentifikation aufzunehmen, welche jener der Eltern entspricht, ist bei jungen Erwachsenen aus Elternhäusern mit starker Parteibindung fast dreieinhalb mal so hoch wie bei Personen aus Elternhäusern mit schwacher Parteibindung.

Schließlich werden in Modell 7 alle bisher formulierten Hypothesen gleichzeitig in einem integrierten Regressionsmodell betrachtet. Als robuste Determinanten des Übergangs in eine dem Elterhaus widersprechende Parteibindung zeigen sich Bildung der Kinder, politische Meinungsunterschiede und Meinungsänderungen der Eltern sowie ein hohes elterliches Interesse an Politik (Tabelle 5). Die erfolgreiche Transmission der elterlichen Parteibindung wird hingegen maßgeblich durch die Bildung der Kinder, das Vorhandensein beider Elternteile, das politische Interesse der Eltern und insbesondere die Stärke der elterlichen Parteibindung positiv gefördert.

Die Prüfung der sechs oben formulierten Hypothesen hat eine Vielzahl relevanter Effekte auf die Ausbildung von Parteibindungen bei Kindern identifiziert. Jedoch führt die Kontrolle nach diesen Einflüssen nicht dazu, dass der Unterschied zwischen Geburtsjahrgängen hinsichtlich der Zeitdauer bis zur Nennung der initialen Parteibindung reduziert wird. Die hier berücksichtigten Merkmale innerfamiliärer politischer Sozialisation sind zwar von Bedeutung für das Verständnis der Entstehung von Parteibindungen bei jungen Erwachsenen; sie liefern aber nicht den erhofften Beitrag zur Erklärung des als *partisan dealignment* beschriebenen allgemeinen Rückgangs der Parteibindungen in Deutschland.<sup>11</sup>

## 5. Zusammenfassung und Diskussion

Dieser Beitrag ging der Frage nach, ob Veränderungen der intergenerationalen Übertragung von Parteibindungen in Familien einen Beitrag zur Erklärung des allgemeinen Rückgangs von Parteibindungen in der deutschen Wahlbevölkerung liefern können. Ausgangspunkt der

---

<sup>11</sup> In der dargestellten Analyse wird ein Übergang von der SPD bei den Eltern zu B90/Die Grünen bei den Kindern genauso als Konversion der elterlichen Parteibindung gewertet wie ein Wechsel von der SPD zur CDU/CSU. Werden politische Lager (Rot/Grün, Schwarz/Gelb und Sonstige) statt Parteien als Grundlage der Definition von Konversion und Realisation verwendet, ändern sich die Ergebnisse jedoch nicht substantiell. Der einzige auffällige Unterschied zu den berichteten Befunden besteht darin, dass Kohortenunterschiede der Konversion unter Kontrolle aller Variablen insignifikant sind.

Analyse war die Beobachtung, dass in vielen westlichen Ländern junge Erwachsene zunehmend seltener eine Parteiidentifikation entwickeln. In Deutschland begann dieser Prozess Ende der 1970er Jahre und betrifft somit in etwa die Geburtsjahrgänge ab 1960. Auf Basis der Daten des SOEP wurde die Entwicklung der Parteibindungen von jungen Erwachsenen ab dem Jahrgang 1968 analysiert; über die folgenden 25 Geburtsjahrgänge hinweg zeigte sich dabei eine Abnahme der parteipolitischen Loyalitäten. Der Trend ist jedoch nicht linear und scheint seinen vorläufigen Tiefpunkt bei den Jahrgängen der 1980er Jahre gefunden zu haben (Tabelle 2). Die nach 1990 geborenen Befragten des SOEP weisen wieder eine relative Häufigkeit von Parteibindungen auf, welcher jener der in den 1970er Jahren Geborenen entspricht. Inwieweit sich diese erhöhte Neigung zu parteipolitischer Festlegung bei den nach 1990 Geborenen im weiteren Lebenslauf stabilisiert, werden zukünftige Befragungswellen zeigen.

Der Beitrag liefert Hinweise darauf, dass sich der Prozess des Rückgangs von Parteibindungen in der Bevölkerung bei jungen Erwachsenen, die aus parteipolitisch geprägten Elternhäusern stammen, besonders ausgeprägt ist. Diese Personen übernehmen immer seltener die Parteibindung ihrer Eltern, es handelt sich bei ihnen um *unrealized partisans*. Junge Erwachsene, die sich gegen die elterliche parteipolitische Festlegung entscheiden und eine andere Partei unterstützen, sind weit weniger vom allgemeinen *dealignment*-Prozess betroffen. Insofern reduziert sich nicht nur die Zahl der Parteibindungen in Deutschland, sondern es verschiebt sich auch die relative Bedeutung verschiedener Formen von Parteibindungen. Dominierten in früheren Geburtskohorten solche Parteibindungen, die mit dem Elterhaus übereinstimmten, so besteht heute ein ausgeglichenes Verhältnis aus vererbten und nicht-vererbten Parteibindungen. Dadurch stellt sich zunehmend die Frage, welche Sozialisationsinstanzen das Elterhaus im Rahmen der politischen Sozialisation ablösen (Shively 1979) und welche Folgen der unterschiedliche Erwerb von Parteibindungen auf deren Stabilität oder deren Bedeutung für Wahlentscheidungen hat (Kroh/Selb 2009). Die Frage, ob systematische Veränderungen der intergenerationalen Übertragung von Parteibindungen eine Erklärung für den allgemeinen Rückgang von Parteibindungen liefern können, beinhaltet zwei Aspekte: zum einen die Untersuchung, welche Merkmale die Übertragung von Parteibindungen fördern bzw. beeinträchtigen, und zum anderen die Analyse, ob diese Merkmale zeitlichem Wandel unterworfen sind. Zur Frage nach den Merkmalen, die eine Übertragung von Parteibindungen zwischen Eltern und Kindern fördern, liefert der Beitrag – in zumindest partieller Übereinstimmung mit den auf Basis von Theorien des sozialen Wandels sowie Theorien des sozialen Lernens formulierten Hypothesen – die

folgenden Befunde: Das politische Interesse im Elternhaus, aber auch das Bildungsniveau junger Erwachsener fördern die Ausbildung einer Parteibindung, unabhängig davon, ob diese mit den elterlichen Ansichten übereinstimmt oder nicht. Die Entwicklung einer Parteibindung, die dem Elternhaus widerspricht (hier als *Konversion* bezeichnet), tritt besonders bei liberalen und grünen Elternhäusern auf, in denen keine Präferenz für materialistische Werte vorherrschen und in denen die Eltern parteipolitische Meinungsunterschiede während der Sozialisation ihrer Kinder gezeigt haben. Die hier als *Realisation* bezeichnete Entwicklung einer Parteibindung, die dem Elternhaus entspricht, tritt besonders selten in liberalen Elternhäusern auf, aber auch bei Alleinerziehenden und in Familien mit geringer sozialer Mobilität. Insbesondere die Stärke der elterlichen Parteibindung hat einen positiven Effekt auf deren Übernahme durch die Kinder.

Zur Frage, ob die Merkmale einer erfolgreichen Aneignung von Parteibindungen durch junge Erwachsene zeitlichem Wandel unterworfen sind und infolgedessen einen Beitrag zur Erklärung des allgemeinen *dealignment*-Prozesses leisten können, liefert der Beitrag nur indirekte Evidenz. Tabelle 7 fasst diese Hinweise zusammen. Während die Bildungsexpansion der vergangenen Jahrzehnte unzweifelhaft stattgefunden hat, ist die Frage, ob sich Generationen aufgrund wachsender sozialer Mobilität zunehmend hinsichtlich ihrer Position in der politisierten Sozialstruktur unterscheiden, nicht eindeutig zu beantworten. Hinsichtlich konfessioneller Zugehörigkeit (z.B. Bengston u.a. 2009) oder Bildung (z.B., Shavit/Blossfeld 1993) gibt es in vielen Ländern Hinweise stabiler intergenerationaler Zusammenhänge. In jedem Fall können jedoch weder die Bildungsexpansion noch eine möglicherweise zunehmende soziale Mobilität jüngerer Geburtskohorten den Rückgang von Parteibindungen erklären. Im Gegenteil: die Analysen deuten auf positive Zusammenhänge zwischen Bildung und sozialer Mobilität sowie der Entwicklung von Parteibindungen hin.

- Tabelle 7 ungefähr hier -

Eine ähnliche Interpretation legen die Analysen auch hinsichtlich der Bedeutung des Wertewandels für den allgemeinen Rückgang von Parteibindungen nahe. Selbst wenn materialistische Werte in der Gesellschaft zunehmend verdrängt werden, sollte das zu einer Zunahme und nicht einem Rückgang von Parteibindungen führen. Lediglich alternative Familienformen – in der Analyse durch das Merkmal Alleinerziehende Eltern gemessen – liefern eine mögliche Erklärung für einen allgemeinen Rückgang von Parteibindungen. Alleinerziehende Eltern sind ein zunehmend häufiges Phänomen und in so strukturierten

Familien fällt die Übertragung der elterlichen Parteibindung schwächer aus. Der Effekt dieses elterlichen Merkmals auf die Entwicklung der Parteibindungen von jungen Erwachsenen ist jedoch zu schwach und alleinerziehende Eltern sind insgesamt zu selten, um den Unterschied in der Häufigkeit von Parteibindungen zwischen den Geburtsjahrgängen erklären zu können. Schließlich fördern parteipolitische Inkonsistenzen im Elternhaus, aber auch seine Politisierung die Herausbildung von Parteibindungen bei jungen Erwachsenen. Da es keine Hinweise darauf gibt, dass Eltern parteipolitisch zunehmend konsistenter bzw. zunehmend weniger politisiert sind, fallen auch diese beiden Faktoren als Erklärung des allgemeinen Rückgangs von Parteibindungen aus. Die Analysen dieses Beitrags lassen jedenfalls keinen auf die Kontrolle dieser elterlichen Merkmale zurückzuführenden Rückgang von Kohortenunterschieden erkennen.

### *Literatur*

- Achen, Christopher H., 2002: Parental Socialization and Rational Party Identification, in: *Political Behavior* 24, 151-169.
- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levinson, Daniel J./R. Nevitt Sanford, 1950: *The Authoritarian Personality*. New York.
- Baker, Kendall/Dalton, Russell/Hildebrandt, Kai, 1981: *Germany Transformed*. Cambridge.
- Bandura, Albert, 1977: *Social Learning Theory*. Upper Saddle River, NJ.
- Beck, Paul A., 1974: A Socialization Theory of Partisan Realignment, in: *Niemi, Richard G.* (Hrsg.), *The Politics of Future Citizens*. San Francisco, 199-219.
- Beck, Ulrich, 1997: Demokratisierung der Familie, in: *ders.* (Hrsg.); *Kinder der Freiheit*. Frankfurt a / M. 195-216.
- Bengtson, Vern L./Biblarz, Timothy J./Roberts, Robert E.L., 2002. *How Families Still Matter: A Longitudinal Study of Youth in Two Generations*. Cambridge.
- Bengtson, Vern L./Copen, Casey E./Putney, Norella M./Silverstein, Merril, 2009. A Longitudinal Study of the Intergenerational Transmission of Religion, in: *International Sociology* 24; 325-345.
- Berelson, Bernard R./Lazarsfeld, Paul F./McPhee, William N.; 1954. *Voting: A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago.
- Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.), 2002. *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?: Opladen*.

- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes Donald E.*, 1960. *The American Voter*. New York.
- Carmines, Edward G./McIver, John P./Stimson, James A.*, 1987. Unrealized Partisanship: A Theory of Dealignment, in: *Journal of Politics* 49; 376-400.
- Converse, Philip E.*, 1969. Of Time and Partisan Stability, in: *Comparative Political Studies* 2; 139-171.
- Crewe, Ivor/Denver, David T.*, 1985. *Electoral Change in Western Democracies: Patterns and Sources of Electoral Volatility*. New York.
- Dalton, Russell J.*, 1984. Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *The Journal of Politics* 46 (1); 264-284.
- Dalton, Russell J./Flanagan, Scott C./Beck, Paul* (Hrsg.), 1984. *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*. Princeton.
- Dalton, Russell J./Wattenberg, Martin P.* (Hrsg.), 2000. *Parties without Partisans*. Oxford.
- Falter, Juergen/Schoen, Harald/Caballero, Claudio*, 2000. Dreißig Jahre danach. Zur Validierung des Konzepts 'Parteiidentifikation' in der Bundesrepublik, in: *Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter* (Hrsg.), *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektive, Daten*. Wiesbaden; 616.
- Fiorina, Morris P.*, 1981: *Retrospective Voting in American National Elections*. Yale.
- Franklin, Charles. H.*, 1984: Issue preferences, socialization, and the evolution of party identification, in: *American Journal of Political Science* 28, 459–478.
- Geer, John. G.* 2002. Parties and Partisanship: A Brief Introduction. *Political Behavior* 24, 85-91.
- Glass, Jennifer/Bengtson, Vern L./Chorn Dunham, Charlotte*, 1986: Attitude Similarity in Three-Generation Families. Socialization, Status Inheritance, or Reciprocal Influence?, in: *American Sociological Review* 51, 685-698.
- Gluchowski, Peter*, 1983: Wahlerfahrung und Parteiidentifikation. Zur Einbindung von Wählern in das Parteiensystem der Bundesrepublik, in: *Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter* (Hrsg.), *Wahlen und Politisches System. Analyse aus Anlass der Bundestagswahl 1980*. Opladen, 651.
- Green, Donald P./Palmquist, Bradley/Schickler, Eric*, 2002: *Partisan Hearts and Minds. Political Parties and the Social Identities of Voters*. New Haven/London.
- Hyman, Herbert H.*, 1959: *Political Socialization*. Glencoe.
- Inglehart, Ronald*, 1998: *Modernisierung und Postmodernisierung*. Frankfurt.
- Jennings, M. Kent/Niemi, Richard G.*, 1981: *Generations and Politics*. Princeton.

- Jennings, M. Kent/Stoker, Laura/Bowers, Jake*, 2009: Politics Across Generations. Family Transmission Reexamined, in: *Journal of Politics* 71, 782-799.
- Kershaw, Ian*, 1983: *Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich*. Oxford.
- Klages, Helmut*, 1993: *Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft*. Frankfurt.
- Knoke, David*, 1973: Intergenerational Occupational Mobility and the Political Party Preferences of American Men, in: *American Journal of Sociology* 78, 1448-1468.
- Kroh, Martin/Selb, Peter*, 2008: The Origins of Durable Partisanship, in: *Bartle, John/Bellucci, Paolo* (Hrsg.), *Party Identification, Social Identity and Political Experience. Partisanship*. London, 256.
- Kroh, Martin/Selb, Peter*, 2009: Inheritance and the Dynamics of Party Identification, in: *Political Behavior* 31, 559-574.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein*, 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction, in: *Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein* (Hrsg.), 1967: *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*. New York, 1-64.
- Meulemann, Heiner*, 1996: *Werte und Wertwandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation*. München.
- Pappi, Franz Urban*, 2002: Die politisierte Sozialstruktur heute. Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential?, in: *Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud* (Hrsg.), *Das Ende der politisierten Sozialstruktur?*. Opladen, 25-46.
- Sapiro, Virginia*, 2004: Not Your Parents' Political Socialisation. Introduction to a New Generation, in: *Annual Review of Political Science* 7, 1-23.
- Schickler, Eric/Green, Donald E.*, 1997: The Stability of Party Identification in Western Democracies. Results from Eight Panel Surveys, in: *Comparative Political Studies* 30, 450-483.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Weick, Stefan/Christoph, Bernhard*, 2006: Shaky Attachments. Individual-level Stability and Change of Partisanship Among West German Voters, 1984-2001, in: *European Journal of Political Research* 45, 581-602.
- Shavit, Yossi/Blossfeld, Hans-Peter* (Hrsg.), 1993: *Persistent Inequality, Changing Educational Attainment in Thirteen Countries*. Boulder.
- Shively, W. Philipps*, 1979: The Development of Party Identification among Adults. Exploration of a Functional Model, in: *American Political Science Review* 73, 1039-1054.
- Statistisches Bundesamt*, 2009: *Alleinerziehende in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2009*. Wiesbaden.



*Zuckerman, Alan S./Dasovic, Josip/Fitzgerald, Jennifer, 2007: Partisan Families. The Social Logic of Bounded Partisanship in Germany and Britain. Cambridge.*

*Tabelle 1:* Kumulierte Übergangsraten von Parteiunabhängigkeit in eine Parteibindung bei jungen Erwachsenen verschiedener Geburtsjahrgänge.

<i>Alter</i>	<i>Geburtsjahrgänge</i>						<i>Total</i>
	68 – 69	70 – 74	75 – 79	80 – 84	85 – 89	90 – 93	
17	0.27	0.25	0.21	0.18	0.18	0.22	0.20
20	0.60	0.56	0.48	0.42	0.43	0.50	0.46
25	0.79	0.75	0.67	0.60	0.62		0.65
30	0.86	0.82	0.75	0.68			0.77
35	0.89	0.85	0.78				0.83
40	0.91						0.91
Personen	458	698	876	1230	1780	1061	6103
Events	320	456	514	608	804	375	3077

*Tabelle 2: Diskrete Ereignisanalyse-Modelle der erstmaligen Nennung einer Parteibindung bei jungen Erwachsenen (17+ Jahre) nach Geburtsjahrgängen und Verfügbarkeit elterlicher Informationen (Odds Ratios).*

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4a	Modell 4b
<i>Jahrgang 1968-1969 (Ref.kat.)</i>					
1970-1974	0.871***	0.862***	0.819***	0.761**	1.186
1975-1979	0.680***	0.666***	0.665***	0.636***	0.782
1980-1984	0.561***	0.547***	0.549***	0.525***	0.647**
1985-1989	0.592***	0.584***	0.567***	0.547***	0.624**
1990-1993	0.75***	0.720***	0.696***	0.651***	0.657
<i>Keine Eltern-Informationen (Ref.kat.)</i>					
1-3 Beobachtungen zu Eltern		0.932			
4-8 Beobachtungen zu Eltern		0.926	1.542	1.568	0.798
9-15 Beobachtungen zu Eltern		0.965	1.487	1.500	0.828
16-34 Beobachtungen zu Eltern.		0.949	1.380	1.383	0.803
Unabhängiges Elternhaus			0.443***		
Personen	6103	6103	5692	4602	1090
Events	3077	3077	2875	2498	377

*Anmerkungen:* Das dargestellte Ereignisanalysemodell baut auf einem Längsschnittdatensatz auf, in dem eine Person mit dem Wert Null kodiert wird, solange sie keine Parteibindung nennt und den Wert Eins in dem Jahr erhält, in dem sie erstmals eine Parteibindung berichtet. Die jährliche Übergangsrate in eine Parteibindung wird durch ein Logit-Modell geschätzt. Die Prozesszeit der Ereignisanalyse ist das Lebensalter einer Person. Die diskreten Effekte der Prozesszeit werden aus Platzgründen nicht dargestellt. Signifikanzniveaus: \*\*\*  $p < 0.01$  \*\*  $p < 0.05$  \*  $p < 0.10$ .

*Tabelle 3: Kumulierte Übergangsraten von Parteiunabhängigkeit in eine vom Elternhaus abweichende Parteibindung (Konversion) bei jungen Erwachsenen verschiedener Geburtsjahrgänge*

<i>Alter</i>	<i>Geburtsjahrgänge</i>						<i>Total</i>
	<i>68 – 69</i>	<i>70 – 74</i>	<i>75 – 79</i>	<i>80 – 84</i>	<i>85 – 89</i>	<i>90 – 93</i>	
17	0.09	0.09	0.08	0.08	0.08	0.09	0.09
20	0.21	0.21	0.21	0.20	0.20	0.23	0.20
25	0.27	0.28	0.30	0.30	0.29		0.29
30	0.29	0.30	0.33	0.33			0.32
35	0.31	0.32	0.33				0.32
40	0.31						0.32
Personen	309	577	626	846	1385	859	4602
Events	82	141	166	212	296	141	1038

*Tabelle 4: Kumulierte Übergangsraten von Parteiunabhängigkeit in eine dem Elternhaus entsprechende Parteibindung (Realisation) bei jungen Erwachsenen verschiedener Geburtsjahrgänge.*

<i>Alter</i>	<i>Geburtsjahrgänge</i>						<i>Total</i>
	<i>68 – 69</i>	<i>70 – 74</i>	<i>75 – 79</i>	<i>80 – 84</i>	<i>85 – 89</i>	<i>90 – 94</i>	
17	0.22	0.19	0.14	0.11	0.13	0.14	0.15
20	0.44	0.39	0.30	0.25	0.27	0.29	0.29
25	0.56	0.50	0.40	0.34	0.37		0.39
30	0.60	0.54	0.44	0.38			0.47
35	0.63	0.55	0.44				0.52
40	0.64						0.64
Personen	309	577	626	846	1385	859	4602
Events	160	253	223	249	388	187	1460

*Tabelle 5: Diskrete Competing Risk-Ereignisanalyse-Modelle der erstmaligen Nennung einer vom Elternhaus abweichenden Parteibindung (Konversion) bei jungen Erwachsenen (17+ Jahre) (Relative Risks)*

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<i>1968-1969</i>							
<i>(Ref.kat.)</i>							
1970-1974	0.735*	0.749*	0.693**	0.730**	0.747**	0.828	0.754
1975-1979	0.708*	0.730*	0.635*	0.716*	0.737*	0.728*	0.699*
1980-1984	0.619***	0.630***	0.559***	0.618***	0.629***	0.636***	0.568***
1985-1989	0.604***	0.614***	0.561***	0.599***	0.609***	0.603***	0.529***
1990-1993	0.742*	0.721*	0.788	0.762*	0.757*	0.717	0.747
<i>Elternhaus: SPD</i>							
<i>(Ref.kat.)</i>							
CDU/CSU	1.132	1.129	1.100	1.128	1.122	1.037	1.016
FDP	2.414***	2.318***	2.156***	2.336***	2.109***	2.074***	1.723***
B90/Die Grünen	1.911***	1.888***	1.779***	1.896***	1.691***	1.625***	1.434***
PDS/Linke	1.499*	1.487*	1.425*	1.475*	1.442	1.372	1.217
Sonstige	1.787*	1.794*	1.810*	1.789*	1.638*	1.875*	1.658*
	**	**	**	**	**	**	**
<i>Fehlende Angaben zur sozialen Mobilität (Ref.kat.)</i>							
Geringe Mobilität		0.773**					0.886
Mittlere Mobilität		0.889					0.945
Hohe Mobilität		1.163					1.065
<i>Kein/Hauptschulabschluss (Ref.kat.)</i>							
Realschule			0.960				0.963
(Fach-)Abitur			1.851***				1.578***
<i>Fehlende Angaben Werte (Ref.kat.)</i>							
Materialistisches Elternhaus				0.893			0.836*
Postmaterialistisches Elternhaus				1.241**			1.037
Alleinerziehende Elterliche Wahlerfahrung < 10 Jahre (Ref.kat.)				1.015			1.147
10-20 Jahre					1.048		1.157
> 20 Jahre					1.072		1.004
Meinungsunterschiede					1.523***		1.331***
Meinungsänderung					1.246***		1.218**
<i>Geringes Interesse an Politik im Elternhaus (Ref.kat.)</i>							
Mittleres Interesse						1.284***	1.159
Hohes Interesse						1.904***	1.569***
<i>Schwache Parteibindung der Eltern (Ref.kat.)</i>							
Mittlere Parteibindung						1.361*	1.156
Starke Parteibindung						1.319	1.150
Personen	4602	4602	4451	4440	4400	4278	4278
Events	1038	1038	1021	1018	1018	977	977

*Anmerkungen:* Die dargestellten Ereignisanalysemodelle bauen auf einem Längsschnittdatensatz auf, in dem eine Person mit dem Wert Null kodiert wird, solange sie keine Parteibindung nennt. In dem Jahr, in dem sie erstmals eine Parteibindung berichtet, erhält die Person den Wert Eins im Fall einer Konversion oder den Wert Zwei im Fall einer Realisation. Die jährliche Übergangsrate in eine der beiden konkurrierenden Ereignisse wird durch ein multinomiales Logit-Modell geschätzt. Die Prozesszeit der Ereignisanalyse ist das Lebensalter einer Person. Die diskreten Effekte der Prozesszeit und der Effekt der Anzahl an Messzeitpunkten zu den Eltern werden aus Platzgründen nicht dargestellt. Modell 7 kontrolliert ebenfalls für Migrationshintergrund (kein, direkt, indirekt) und den Wohnort 1989 (West, Ost, Ausland) junger Erwachsener. In beiden Fällen findet sich kein signifikanter Einfluss und die Effekte werden daher aus Platzgründen nicht dargestellt. Signifikanzniveau: \*\*\*  $p < 0.01$  \*\*  $p < 0.05$  \*  $p < 0.10$ .

*Tabelle 6: Diskrete Competing Risk-Ereignisanalyse-Modelle der erstmaligen Nennung einer dem Elternhaus entsprechenden Parteibindung (Realisation) bei jungen Erwachsenen (17+ Jahre) (Relative Risks)*

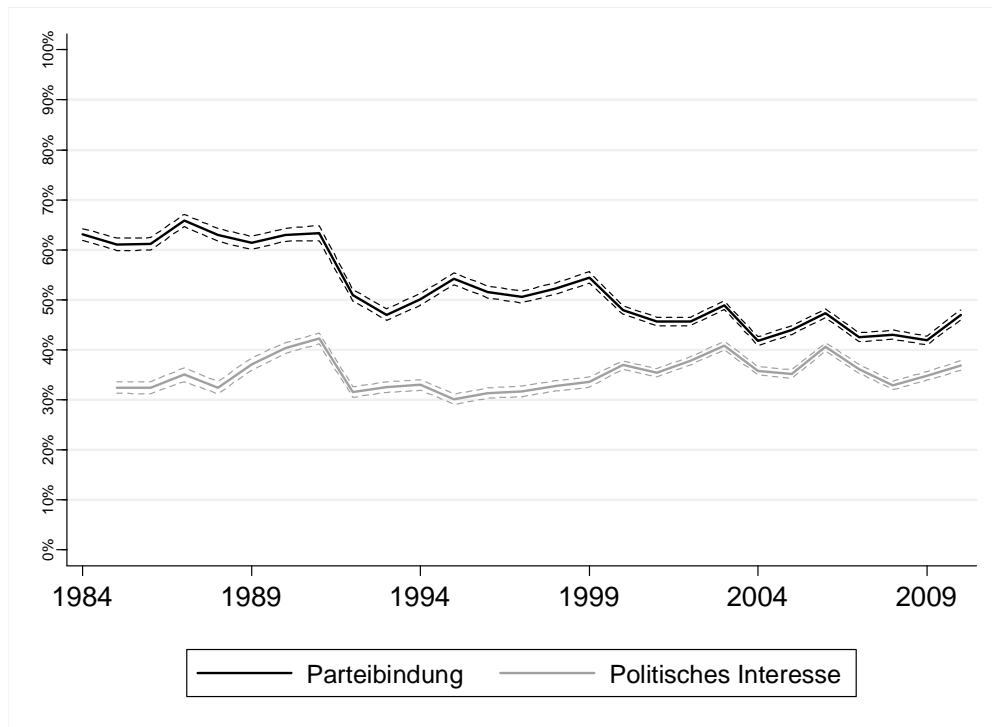
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<i>1968-1969 (Ref.kat.)</i>							
1970-1974	0.787*	0.791*	0.744**	0.818	0.814	0.804	0.762*
1975-1979	0.580***	0.590***	0.535***	0.614***	0.607***	0.584***	0.590***
1980-1984	0.448***	0.448***	0.421***	0.471***	0.480***	0.457***	0.449***
1985-1989	0.491***	0.484***	0.472***	0.516***	0.519***	0.493***	0.520***
1990-1993	0.550***	0.495***	0.607***	0.584***	0.566***	0.528***	0.383
<i>Elternhaus: SPD (Ref.kat.)</i>							
CDU/CSU	1.127*	1.123*	1.078	1.118*	1.136**	1.022	1.004
FDP	0.480***	0.461***	0.415***	0.461***	0.486***	0.380***	0.363***
B90/Die Grünen	1.439***	1.429***	1.283**	1.450**	1.443**	1.239**	1.242*
PDS/Linke	0.832	0.822	0.777	0.838	1.029	0.784	1.073
Sonstige	0.426***	0.430***	0.427***	0.403***	0.460***	0.510**	0.590*
<i>Fehlende Angaben zur sozialen Mobilität (Ref.kat.)</i>							
Geringe Mobilität		0.699***					0.831*
Mittlere Mobilität		0.900					0.978
Hohe Mobilität		1.004					0.951
<i>Kein/Hauptschulabschluss (Ref.kat.)</i>							
Realschule			1.043				0.985
(Fach-)Abitur			1.814***				1.509***
<i>Fehlende Angaben Werte (Ref.kat.)</i>							
Materialistisches Elternhaus				0.926			0.863*
Postmaterialistisches Elternhaus				1.103			0.911
Alleinerziehende Elterliche				0.754**			0.781***
<i>Wahlerfahrung &lt; 10 Jahre (Ref.kat.)</i>							
10-20 Jahre					0.966		0.740*
> 20 Jahre					1.377***		0.744*
Meinungsunterschiede					1.180**		0.856*
Meinungsänderung					0.858**		0.898
<i>Geringes Interesse an Politik im Elternhaus (Ref.kat.)</i>							
Mittleres Interesse						1.157*	1.216**
Hohes Interesse						1.649***	1.630***
<i>Schwache Parteibindung im Elternhaus (Ref.kat.)</i>							
Mittlere Parteibindung						1.927***	1.952***
Starke Parteibindung						3.390***	3.389***
Personen	4602	4602	4451	4440	4400	4278	4278
Events	1460	1460	1435	1431	1431	1348	1348

*Anmerkungen:* Die dargestellten Ereignisanalysemodelle bauen auf einem Längsschnittdatensatz auf, in dem eine Person mit dem Wert Null kodiert wird, solange sie keine Parteibindung nennt. In dem Jahr, in dem sie erstmals eine Parteibindung berichtet, erhält die Person den Wert Eins im Fall einer Konversion oder den Wert Zwei im Fall einer Realisation. Die jährliche Übergangsraten in eine der beiden konkurrierenden Ereignisse wird durch ein multinomiales Logit-Modell geschätzt. Die Prozesszeit der Ereignisanalyse ist das Lebensalter einer Person. Die diskreten Effekte der Prozesszeit und der Effekt der Anzahl an Messzeitpunkten zu den Eltern werden aus Platzgründen nicht dargestellt. Modell 7 kontrolliert ebenfalls für Migrationshintergrund (kein, direkt, indirekt) und den Wohnort 1989 (West, Ost, Ausland) junger Erwachsener. In beiden Fällen findet sich kein signifikanter Einfluss und die Effekte werden daher aus Platzgründen nicht dargestellt. Signifikanzniveaus: \*\*\*  $p < 0.01$  \*\*  $p < 0.05$  \*  $p < 0.10$ .

*Tabelle 7: Schematische Zusammenfassung der Ergebnisse*

	Fördert Parteibindung	Nimmt über Zeit zu	⇒ Ursache für allgemeinen Rückgang von Parteibindungen
Bildung der Kinder	ja	ja	nein
Materialismus der Eltern	nein	nein	nein
Soziale Mobilität der Kinder	ja	unklar	vermutlich nein
Konsistenz der Eltern	nein	unklar	vermutlich nein
Politisierung der Eltern	ja	unklar	unklar
Alternative Familienformen	nein	ja	möglicherweise

Abbildung 1: Anteil an Befragten, die eine Parteibindung angeben, und Anteil an Befragten mit starkem oder sehr starkem Interesse an Politik.



Anmerkung: Gewichtete jährliche Anteile mit 99-Prozent Konfidenzintervallen. Seit 1990 Ost- und Westdeutschland kombiniert.



**Angaben zum Autor:**

*Prof. Dr. Martin Kroh*, DIW Berlin und Humboldt-Universität zu Berlin, Mohrenstr. 58,  
10117 Berlin. Email: [mkroh@diw.de](mailto:mkroh@diw.de)